

Horst Jablonowski:

## **Die politischen Veränderungen im nordostdeutschen Raum von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg\***

Die politischen Veränderungen, die im nordostdeutschen Raum seit der Mitte des 18. Jahrhunderts eingetreten sind, haben sich im Zusammenhang mit den jeweiligen großen europäischen Machtverschiebungen vollzogen, insbesondere natürlich mit den osteuropäischen. Das gilt für die Neuordnung von 1772, die schnell aufeinanderfolgenden territorialen Veränderungen im Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons und schließlich für die Lösung von 1919 und die umwälzenden Ereignisse von 1939 bis 1945.

Die territoriale Umgestaltung Osteuropas (damit indirekt auch die des nordostdeutschen Raumes) im 18. Jahrhundert ist weitgehend eine Folge des Eintritts Rußlands in das europäische Staatensystem. Schon mit dem Ende der Tatarenherrschaft über Rußland hatte der Moskauer Staat die Möglichkeit einer Westexpansion erhalten, aber erst seit der Mitte des 17. Jahrhunderts erzielte er in dieser Hinsicht bleibende Erfolge und gewann gleichzeitig das machtpolitische Übergewicht in Osteuropa (Andrusovo 1667). Im Nordischen Krieg erkämpfte sich Rußland die Stellung einer europäischen Großmacht. Dieser Machtaufstieg des Zarenreiches wirkte sich sehr bald dahin aus, daß es maßgeblichen Einfluß auf die inneren Verhältnisse Polen-Litauens erlangte. Das Vordringen Rußlands nach Westen berührte daher die Interessen der anderen Nachbarstaaten der Adelsrepublik, und auch für die übrige mittel- und selbst westeuropäische Staatenwelt wurde die russische Vorherrschaft in Polen-Litauen spürbar; denn nun konnte das Zarenreich — vom Weichselraum als Operationsbasis aus — an den militärischen Auseinandersetzungen in Mitteleuropa teilnehmen. Das deutete sich bereits in der Schlußphase des Nordischen Krieges an und geschah kaum zwei Jahrzehnte später, im Polnischen Erbfolgekrieg, schon in stärkerem Maße mit dem Erscheinen eines russischen Korps auf dem Kriegsschauplatz am Rhein (bei Heidelberg, 1735). Im letzten Jahre des Österreichischen Erbfolgekrieges wiederholte sich bis zu einem gewissen Grade der Vorgang von 1735. Polen-Litauen setzte sich nicht wirklich dagegen zur Wehr, vom Zarenreich als Durchmarschgebiet in Anspruch genommen zu werden. Es konnte daraufhin nicht ausbleiben, daß auch die anderen europäischen Mächte die Adelsrepublik nur noch als Objekt der Politik behandelten.

\*) Die folgenden Ausführungen stellen die erweiterte Fassung eines Vortrages dar, den der Vf. am 6. April 1965 auf der Wissenschaftlichen Tagung des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates gehalten hat.

Wir haben uns hier nur mit der Reaktion Brandenburg-Preußens auf die durch den Nordischen Krieg in Polen-Litauen geschaffene Lage zu befassen. Während es Friedrich Wilhelm I. verhindern konnte, daß Peter der Große an der deutschen Ostseeküste Fuß faßte, erkannte er, wie im preußisch-russischen Vertrag von 1720 zum Ausdruck kam<sup>1</sup>, die Hegemoniestellung an, die sich Rußland in Polen verschafft hatte. Doch in den nächsten Jahrzehnten wurde immer stärker offenbar, daß sich in Polen eine preußisch-russische Rivalität entwickelte und daß das polnisch-litauische Reich infolge seiner Lage zwischen dem zur Großmacht aufgerückten Rußland und dem nach der Großmachtstellung strebenden Brandenburg-Preußen für dieses eine große Bedeutung gewann. Die ersten Mißhelligkeiten zwischen Berlin und Petersburg in polnischen Angelegenheiten stellten sich schon bei den Vorbereitungen für die Königswahl von 1733 ein. Nachdem in der Löwenwoldeschen Punktation von 1732<sup>2</sup> zwischen Rußland, Österreich und Preußen ein Einvernehmen hinsichtlich der bald zu erwartenden Wahl erzielt worden war, erfolgte nach dem plötzlichen Tode des in Aussicht genommenen Thronkandidaten — des portugiesischen Infanten Don Emanuel — eine Verständigung allein zwischen Österreich und Rußland, hinter dem Rücken des preußischen Königs. Die von Rußland 1733 erzwungene Wahl Augusts III. von Sachsen entsprach somit nicht den preußischen Wünschen. Trotz der Unstimmigkeit in der polnischen Thronfolgeangelegenheit verhielt sich Preußen sehr vorsichtig gegenüber dem Zarenreich, um jeden ernsthaften Konflikt mit diesem zu vermeiden. Das gilt auch für die Politik Friedrichs des Großen in seinen ersten Regierungsjahren; es gelang ihm Ende 1740, das preußisch-russische Bündnis zu erneuern.<sup>3</sup> Trotzdem kostete es Friedrich einige Mühe, das Zarenreich von einer Unterstützung Österreichs abzuhalten und auf diese Weise im Ersten Schlesischen Krieg die Ostflanke Preußens zu sichern. Die Rücksicht auf Rußland veranlaßte Friedrich, von einer offenen Unterstützung der preußischen Parteigänger in Polen abzusehen.

Die auf die Interessen des Zarenreiches Rücksicht nehmende Politik Friedrichs des Großen hat jedoch nicht verhindern können, daß Petersburg sich gegen ein weiteres Erstarken Preußens stellte. Nur die schnelle Beendigung des Zweiten Schlesischen Krieges dürfte Preußen vor einem russischen Eingreifen in diesen bewahrt haben; denn am Petersburger Hof setzte sich damals die antipreußische Politik des Kanzlers Bestužev-

1) *Sobranie traktatov i konvencij zaključennyh Rossieju s inostrannymi deržavami* (Recueil des traités et conventions, conclus par la Russie avec les puissances étrangères). Hrsg. von F. Martens. Bd 5, St. Petersburg 1880. S. 193—200; *Historia Polski*. [Geschichte Polens.] Hrsg. von der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Bd I, 2, Warszawa 1965<sup>1</sup>. S. 736.

2) *Sobranie traktatov i konvencij*, Bd 1, St. Petersburg 1874, S. 311—324.

3) ebenda, Bd 5, S. 309—332; H. Branig, Preußen und Rußland während des ersten Schlesischen Krieges. Phil. Diss. Greifswald 1930. S. 17—18, 26—29.

Rjumin (Kanzler 1744—1758) durch.<sup>4</sup> Im Zusammenhang mit dieser Politik rückte, wohl zum ersten Male, Ostpreußen in den Bereich der politischen Planung auf russischer Seite. Bestužev-Rjumins Absichten im Jahre 1744 liefen darauf hinaus, Ostpreußen vom brandenburgisch-preußischen Staat abzutrennen und Polen zu übergeben. Dieses sollte als Gegenleistung das Gebiet östlich von Dnepr und Düna an Rußland abtreten.<sup>5</sup>

Diese territorialen Pläne haben auf russischer Seite im Siebenjährigen Krieg eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Die politisch-militärische Bedeutung des nordostdeutschen Raumes für die Machtverhältnisse im Europa der neueren Zeit wurde jetzt klar erkennbar. Im März 1756 faßten die maßgeblichen russischen Politiker auf einer Konferenz in Petersburg den entscheidenden Beschluß über einen gemeinsamen russisch-österreichischen Angriff auf Preußen. Dabei legten sie fest, welche territorialen Veränderungen nach dem Siege über Preußen getroffen werden sollten. Diese Beschlüsse der Konferenz zeigten im einzelnen keine wesentlichen Abweichungen von dem Bestuževschen Plan von 1744: Ostpreußen sollte von russischen Truppen besetzt und später Polen übergeben werden; dafür sollte dieses dem Zarenreich Kurland und einige östliche Randgebiete des Großfürstentums Litauen überlassen.<sup>6</sup> Allerdings bestand keine Gewißheit darüber, ob die Petersburger Politiker schließlich nicht doch Ostpreußen ganz oder teilweise (z. B. die Hafenstadt Memel<sup>7</sup>) für Rußland in Anspruch nehmen würden. Der russische Wunsch nach Loslösung Ostpreußens von der Hohenzollernmonarchie läßt sich bis zum Jahre 1761 verfolgen.<sup>8</sup> Da die russische Staatsführung auch den Erwerb Schlesiens

4) W. Mediger, *Moskaus Weg nach Europa. Der Aufstieg Rußlands zum europäischen Machtstaat im Zeitalter Friedrichs des Großen.* Braunschweig 1952. S. 247—248.

5) R. Koser, *Preußen und Rußland im Jahrzehnt vor dem Siebenjährigen Kriege.* In: *Preuß. Jbb.* 47 (1881), S. 291; Mediger, S. 259—260; M. Skibiński, *Europa a Polska w dobie wojny o sukcesję austriacką w latach 1740—1745.* [Europa und Polen zur Zeit des Österreichischen Erbfolgekrieges in den Jahren 1740—1745.] Bd 1, Kraków 1913. S. 700—701; Wł. Czaplinski, *Ziemie zachodnie w polityce Rzeczypospolitej szlacheckiej (1572—1764).* [Die Westgebiete in der Politik der Adelsrepublik (1572—1764).] In: *Kwartalnik Historyczny* 68 (1961), S. 25—26.

6) Das Protokoll dieser Konferenz ist veröffentlicht in: *Semiletnjaja vojna.* (Materialy o dejstvjach russkoj armii i flota v 1756—62 gg.) [Der Siebenjährige Krieg. (Materialien über die Unternehmungen der russischen Armee und Flotte in den Jahren 1756—1762).] Moskva 1948. S. 25—27; Vgl. dazu Wł. Konopczyński, *Polska w dobie wojny siedmioletniej.* [Polen zur Zeit des Siebenjährigen Krieges.] Teil 1 (Monografie w zakresie dziejów nowożytnych, Bd 7/8.) Warszawa 1909. S. 95.

7) Konopczyński, Bd 1, S. 209.

8) L. J. Oliva, *Misalliance. A Study of French Policy in Russia During the Seven Years' War.* New York 1964. S. 182—183.

durch Preußen rückgängig machen wollte, hätte die Verwirklichung der Petersburger Territorialpläne das Ende der preußischen Stellung im Osten bedeutet. Daran war jedoch Frankreich nicht interessiert; insbesondere war es einer Vorherrschaft Rußlands an der Ostsee abgeneigt. Der französische Hof arbeitete daher den russischen Territorialplänen auch hinsichtlich Ostpreußens entgegen. Diese wurden schließlich mit dem Ausscheiden Rußlands aus dem Kriege nach dem Tode der Kaiserin Elisabeth hinfällig.

Nicht nur die Territorialpläne der Petersburger Politiker ließen das Anwachsen des russischen Drucks auf die preußische Stellung im Osten erkennen, sondern auch das Vorgehen der russischen Armee in Polen während des Siebenjährigen Krieges. Das zarische Heer operierte gegen Preußen vom Staatsgebiet der Adelsrepublik aus, obwohl diese offiziell neutral war. So erfolgte der Einfall der russischen Truppen in Ostpreußen 1757 und 1758 vom polnischen Staatsgebiet aus, ebenso der Vorstoß der russischen Armee in die Mark Brandenburg 1758 und 1759 und die weiteren Operationen gegen Friedrichs Streitkräfte. Zur Stärkung ihrer militärischen Position in Polen besetzten russische Truppen 1758 eine Reihe von Städten im Gebiet an der unteren Weichsel: Elbing, Marienburg, Dirschau, Graudenz und Thorn.<sup>9</sup> Die unausbleibliche Folge des Vorgehens der zarischen Armee waren Aktionen preußischer Truppen gegen russische Stützpunkte und Magazine in Polen, speziell in Großpolen (1759 und 1761).<sup>10</sup>

Auch nach dem Siebenjährigen Kriege haben russische Truppen sehr bald wieder in Polen-Litauen operiert, so daß trotz des Verzichts der Petersburger Politiker auf die Annexionspläne hinsichtlich Ostpreußens die preußische Stellung im Osten kaum als befriedigend angesehen werden konnte. Friedrich der Große ist wie in seinen ersten Regierungsjahren jedoch bereit gewesen, Rußland in den polnischen Angelegenheiten entgegenzukommen und auf dem Wege der Verständigung die Ostflanke Preußens zu sichern. Im preussisch-russischen Bündnis von 1764 fanden diese Bestrebungen ihren Niederschlag. Obwohl Friedrich grundsätzlich nach Möglichkeit einen Krieg mit Rußland vermeiden wollte<sup>11</sup>, war er sich doch vollkommen klar über die Gefahr, welche von einem weiterhin

9) Konopczyński, Bd 1, S. 248.

10) ebenda, Bd 2, S. 43—45, 240—241.

11) vgl. politisches Testament von 1752: „... et ce qui vous doit porter à éviter la guerre avec la Russie autant que votre réputation vous le permet.“ Die politischen Testamente Friedrichs des Großen (Politische Correspondenz Friedrichs des Großen. Ergänzungsband). Hrsg. von G. B. Volz. Berlin 1920. S. 64. Im Testament von 1768 äußerte sich Friedrich folgendermaßen: „... il vaut mieux avoir la Russie pour alliée que pour ennemie, parce qu'elle nous peut faire beaucoup de mal, et que nous ne pouvons pas le lui rendre.“ Ebenda, S. 214.

erstarkenden Rußland für Europa erwachsen konnte. In der politischen Korrespondenz des Königs finden sich mehrere Äußerungen dieser Art. Im Januar 1771 z. B. schrieb er an seinen Bruder Heinrich: „... je croirais faire une faute impardonnable en politique, si je travaillais à l'agrandissement d'une puissance, qui pourra devenir un voisin redoutable et terrible pour toute l'Europe.“<sup>12</sup> Auch in seinen beiden politischen Testamenten läßt Friedrich diese Sorge anklingen. Im Testament von 1768 heißt es: „La Russie profite de nos fautes; elle est sûre d'avoir un parti en Allemagne à sa disposition, bien plus, de se voir recherchée par la Prusse ou par l'Autriche, et forte de notre faiblesse, elle s'arroge un pouvoir et une puissance qu'il sera difficile de diminuer dans la suite.“<sup>13</sup>

Angesichts dieser Situation war Friedrich darauf bedacht, den Besitz Ostpreußens zu sichern. Eine Möglichkeit dazu sah er in der Erwerbung Polnisch-Preußens und Danzigs: „car, ayant fortifié quelques places sur la Vistule, on pourrait défendre la Prusse royale contre les entreprises des Russes“ (Politisches Testament von 1768).<sup>14</sup> Im Testament von 1752 hatte er ausdrücklich bemerkt, daß Ostpreußen nur von den Russen angegriffen werden könne.<sup>15</sup> Er rechnete auch damit, daß der auf die Erwerbung Polnisch-Preußens gerichtete Plan gerade bei Rußland auf den größten Widerstand stoßen werde.<sup>16</sup> Friedrich empfahl daher im Testament von 1768, die Landverbindung nach Ostpreußen mehr auf dem Wege der Verhandlung stückweise zu gewinnen als durch Eroberung. „Dans un cas où la Russie pourrait avoir un besoin pressant de notre assistance, il y aurait peut-être moyen de faire céder Thorn, Elbing et une banlieue, pour communiquer de la Poméranie à la Vistule. Une autre fois ce serait un autre morceau; il faudrait réserver Danzig pour la fin de l'opération.“<sup>17</sup>

Auf russischer Seite hat bis zum Türkenkrieg von 1768—1774 unter den maßgeblichen Politikern das Bestreben vorgeherrscht, den gesamten polnisch-litauischen Staat in engste Abhängigkeit vom Zarenreich zu bringen. Eine klare Linie hat es jedoch in der russischen Politik gegenüber der Adelsrepublik von Peter dem Großen bis zu Katharina II. nicht gegeben. In den sechziger Jahren hat sich aber Nikita Ivanovič Panin konsequent für eine russische Hegemonialpolitik in Polen-Litauen eingesetzt. Panin bestimmte damals — und noch weiterhin bis 1780 — maßgeblich die Außenpolitik des Zarenreiches. Er wollte Rußland im gesamten Osten und Norden Europas mit Hilfe des sog. Nordischen Systems, in das Preu-

12) Politische Correspondenz Friedrichs des Großen. Bd 30, Berlin 1905. S. 407 (Nr. 19616).

13) Die politischen Testamente Friedrichs des Großen, S. 197.

14) ebenda, S. 216.

15) ebenda, S. 63.

16) ebenda, S. 219: „Quant à la Prusse polonoise, il me paraît que ce serait de la part de la Russie que l'on rencontrerait le plus grand obstacle pour exécuter ce dessein, . . .“

17) ebenda, S. 219.

ßen, England, Dänemark, Schweden, Polen, Sachsen und noch einige andere deutsche Staaten einbezogen werden sollten, die politische Führung sichern und zugleich andere, insbesondere französische Einflüsse ausschalten.<sup>18</sup> Das Paninsche System lief insgesamt den Interessen des preußischen Staates zuwider. Im Hintergrund — bis zum Beginn der siebziger Jahre — blieben die Petersburger Politiker und Militärs, welche eine Annexion von Teilen des polnisch-litauischen Staatsgebietes für vorteilhafter hielten als das Bemühen um die politische Beherrschung der gesamten Adelsrepublik. Der führende Mann dieser Richtung war der General Černyšev. Er hatte schon 1763 die Einverleibung der östlich der Düna und des Dnepr gelegenen Gebiete des Großfürstentums Litauen durch Rußland vorgeschlagen<sup>19</sup>; damit wäre aber auch den anderen Nachbarmächten Polen-Litauens die Möglichkeit eines ähnlichen Vorgehens eröffnet worden. Das dürfte Katharina in erster Linie bewogen haben, sich den Plänen Černyševs gegenüber ablehnend zu verhalten.

Einen bedeutenden Erfolg im Sinne des russischen Herrschaftstrebens in Polen erzielte Petersburg mit der — durch die Anwesenheit russischer Truppen in Polen erzwungenen — einstimmigen Wahl Stanislaus Poniatsowskis zum polnischen König im Jahre 1764. Poniatsowski war ein Verwandter der Czartoryskis, welche die russisch orientierte Magnatenpartei der Adelsrepublik führten. Katharina II. nahm an, daß der neue König ein völlig gefügiges Werkzeug der russischen Politik sein werde. In der gegenwärtigen polnischen Geschichtsschreibung wird die Königswahl von 1764 als ein entscheidendes Ereignis der polnischen Geschichte dargestellt<sup>20</sup>, dem größere Bedeutung zukomme als dem Untergang des polnischen Reststaates im Jahre 1795.<sup>21</sup> Seit 1764, so sagt Kieniewicz, regierte in Polen de facto ein Prokonsul, der sich auf ein fremdes Heer stützte. Von da an habe es keinen wirklich souveränen polnischen Staat mehr gegeben (ergänze: bis zum Versailler Polen).

Durch zielbewußtes Vorgehen in der Dissidentenfrage baute Katharina

---

18) Über das „Nordische System“ orientiert, wenn auch in wenig befriedigender Weise, das Buch von P. A. Aleksandrov, Severnaja sistema. Opyt issledovanija idej i choda vnešnej politiki Rossii v pervuju polovinu carstvovanija imperatricy Ekateriny II. [Das Nordische System. Versuch einer Erforschung der Ideen und des Verlaufs der Außenpolitik Rußlands in der ersten Hälfte der Regierung der Kaiserin Katharina II.] Moskva 1914.

19) G. B. Volz, Friedrich der Große und die erste Teilung Polens. In: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 23 (1910), S. 118.

20) vgl. z. B. die Periodisierung der seit 1957 erscheinenden vielbändigen „Historia Polski“ [Geschichte Polens], die von der Polnischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben wird.

21) St. Kieniewicz, Kilka uwag na temat cezury 1795 roku. [Einige Bemerkungen zur Zäsur des Jahres 1795]. In: Kwartalnik Historyczny 66 (1959), S. 105.

die russische Position in Polen-Litauen weiter aus. Diese Politik erreichte ihren Höhepunkt mit dem am 5. März 1768 vom Sejm angenommenen Vertrag zwischen der Adelsrepublik und der Kaiserin von Rußland, der u. a. den Dissidenten die politische Gleichberechtigung zuerkannte.<sup>22</sup> Der preußische König sah die enge Verbindung zwischen Petersburg und den Dissidenten in Polen-Litauen mit großem Mißbehagen. Schon am 25. August 1766 schrieb er an die Staatsminister Hertzberg und Graf Finkenstein, anknüpfend an einen Bericht des preußischen Gesandten in Petersburg: „. . . et n'en resulte-t-il pas clairement que l'impératrice de Russie commence à agir despotiquement en Pologne, et qu'en soutenant les Dissidents, ses vues vont à se former un parti indépendant en Pologne qui appuie et qui soutienne toutes les propositions quelle voudra y faire?“<sup>23</sup>

Katharinas Bündnis mit den Dissidenten hat jedoch letztlich dazu beigetragen, daß die Auseinandersetzung um die inneren und äußeren Verhältnisse Polen-Litauens nicht eine ausschließlich polnisch-russische Angelegenheit wurde, wie es seit 1764 den Anschein hatte. Denn die von der russischen Kaiserin erzwungene Gleichberechtigung der Dissidenten hat den entscheidenden Anstoß zur Bildung der Konföderation von Bar gegeben und damit zu einem mehrere Jahre andauernden Bürgerkrieg. Das Eingreifen russischer Truppen in diesen Konflikt hat zum Ausbruch des russisch-türkischen Krieges im Herbst 1768 geführt. Es konnte nicht erwartet werden, daß die übrigen Nachbarstaaten auf die Dauer untätig den Vorgängen in der Adelsrepublik zusehen würden. Schon im Jahre 1763 hieß es in der vom französischen Außenminister, Choiseul, gebilligten Instruktion für den neuen französischen Vertreter in Warschau folgendermaßen: „Il arrivera un jour, et il est étonnant que cela ne soit pas encore arrivé, que quelque puissance étrangère, profitant d'une division intestine, de la faiblesse et de l'anarchie du gouvernement polonais, y trouvera un prétexte plausible pour démembler la Pologne et pour y porter quelque coup fatal à cette république. . .“<sup>24</sup> Daß sich mit den Ereignissen von 1768 die Verhältnisse in Polen in dieser Richtung entwickelten, zeigte bereits 1769 und 1770 die Besetzung der Zips und von Teilen der Starosteien Neumarkt (Nowy Targ), Czorsztyń und Sandez (Sącz) durch Österreich.

Aber erst die Schwierigkeiten, in welche das Zarenreich im weiteren Verlaufe des Türkenkrieges geriet, haben dem preußischen König die

22) *Volumina legum*, Bd 7, St. Petersburg 1860. S. 250—285.

23) *Politische Correspondenz Friedrichs des Großen*, Bd 25, Berlin 1899, S. 201 (Nr. 16195).

24) *Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France depuis les traités de Westphalie jusqu'à la révolution française*. Bd 5, Paris 1888. S. 233.

Möglichkeit eröffnet, die Lage seines Staates im Nordosten zu verbessern. Petersburg konnte den bisherigen Hegemonialanspruch in Polen-Litauen nicht mehr uneingeschränkt aufrechterhalten und mußte den anderen Nachbarmächten der Adelsrepublik Zugeständnisse machen.<sup>25</sup> Es trat damit die Situation ein, welche Friedrich in seinem Testament von 1768 als Vorbedingung für die Herstellung einer Landverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen bezeichnet hatte. Er legte jedoch einige Zurückhaltung an den Tag und mußte von seinem Bruder Heinrich zum Handeln in dieser Angelegenheit gedrängt werden; denn der preußische König war an erster Stelle darauf bedacht, eine Ausweitung des Türkenkrieges und der im Zusammenhang mit der Konföderation von Bar entbrannten innerpolnischen Kämpfe zu verhindern und damit dem durch den Siebenjährigen Krieg erschöpften Preußen einen neuen Krieg zu ersparen. Für Friedrich war daher die Verbindung des polnischen und türkischen Problems, d. h. das gleichzeitige Bemühen um die Pazifizierung Polens und die Beendigung des Türkenkrieges, der Ausgangspunkt für die weiteren Verhandlungen.

Die Wende, die 1771 in der russischen Politik hinsichtlich der polnischen Frage eintrat, und die nun folgenden Auseinandersetzungen zwischen Petersburg, Berlin und Wien sind von den Historikern oft dargestellt worden.<sup>26</sup> Hier brauchen nur die Ergebnisse der politischen Verhandlungen zwischen den drei Mächten festgehalten zu werden, soweit sie das Land

25) So wird die politische Lage vor der ersten Teilung Polens auch vom Fürsten Adam Czartoryski, einem der führenden polnischen Politiker in der ersten Hälfte des 19. Jhs., in einer Denkschrift vom 5. 12. 1806 charakterisiert. Es heißt dort: „Des circonstances impérieuses ont forcé la Russie à commettre la grande faute politique de laisser partager la Pologne, qu'elle eût dû posséder tout entière.“ *Mémoires du prince Adam Czartoryski et correspondance avec l'empereur Alexandre Ier.* Bd 2, Paris 1887. S. 153—154.

26) Es sei auf die wichtigsten Arbeiten über die erste Teilung Polens und deren Vorgeschichte verwiesen: A. Beer, *Die erste Teilung Polens.* Bd 1 und 2 sowie Dokumentenband, Wien 1873; G. B. Volz, *Friedrich der Große und die erste Teilung Polens.* In: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte* 23 (1910), S. 71—143, 224—225; Wł. Konopczyński, *Fryderyk Wielki a Polska.* [Friedrich der Große und Polen.] (Prace Instytutu Zachodniego, Bd 9.) Poznań 1947; G. B. Volz, *Prinz Heinrich von Preußen und die preußische Politik vor der ersten Teilung Polens.* In: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte* 18 (1905), S. 150—201; ders., *Prinz Heinrich von Preußen und die Vorgeschichte der ersten Teilung Polens.* In: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte* 35 (1923), S. 193—211; Ch. V. Easum, *Prinz Heinrich von Preußen, Bruder Friedrichs des Großen.* (Übers. aus dem Amerikanischen.) Göttingen, Berlin, Frankfurt/M. 1958; A. Sorel, *La question d'Orient au 18<sup>e</sup> siècle: le partage de la Pologne, le traité de Kainardji.* Paris 1889<sup>2</sup>; H. H. Kaplan, *The First Partition of Poland.* New York, London 1962.

an der unteren Weichsel betrafen. Preußen erhielt auf Grund der Verträge vom 5. August 1772<sup>27</sup> zwar eine breite Landverbindung (Pommerellen, das Kulmerland, das Marienburger Land, das Ermland und den Netzedistrikt) zwischen Ostpreußen und dem übrigen Staatsgebiet, hatte aber in zwei Punkten seine Wünsche infolge russischen Widerstandes nicht durchzusetzen vermocht, und zwar hinsichtlich Danzigs und Thorn. Die Petersburger Politiker zwangen Friedrich zum Verzicht auf diese beiden Städte, insbesondere Danzig, um ihn an der Ostsee nicht zu mächtig und auch nicht zum Beherrscher des gesamten polnischen Handels werden zu lassen.<sup>28</sup> Der preußische König hat sich erst nach hartnäckigem Sträuben dem russischen Verlangen hinsichtlich Danzigs gefügt, aber dabei nicht an einen endgültigen Verzicht gedacht. Er schrieb am 19. Januar 1772 an seinen Gesandten in Petersburg: „Mais, si l'acquisition de Danzig a été impossible d'obtenir dans le moment présent, je trouverai peut-être moyen dans la suite de l'ajouter à mes autres acquisitions, et c'est pourquoi je ne renonce pas encore pour toujours à l'idée de m'en rendre maître, et j'y pourrais bien revenir, dès que les conjonctures y seront plus favorables.“<sup>29</sup>

Der Erwerb des Landes an der unteren Weichsel war trotz des Fehlschlages in der Danziger und Thorner Angelegenheit ein großer Erfolg für die Hohenzollernmonarchie. Diese besaß jetzt auch im Nordosten ein zusammenhängendes Staatsgebiet. Infolge der territorialen Veränderungen jener Zeit ist die Bedeutung Ost- und Westpreußens gewachsen. Der Gewinn, den der Hohenzollernstaat 1772 erzielte, übertraf an politischem Wert erheblich den der beiden anderen Teilungsmächte. Die Eingliederung Schlesiens und die Herstellung der Landverbindung nach Ostpreußen haben Preußen erst die Stellung einer Großmacht in Europa, insbesondere in Osteuropa, gegeben, was im Hinblick auf das Vordringen Rußlands nach Europa von größter Bedeutung — und man darf zweifellos ergänzen: von positiver Bedeutung — für das gesamte europäische Staatensystem gewesen ist, zumal das Zarenreich wenig später durch den Frieden von Kütschük Kainardschi (heutige amtliche bulgarische Namensform: Kainardža), der 1774 den russisch-türkischen Krieg abschloß, die Möglichkeit zur Entfaltung seiner Macht auch auf dem Schwarzen Meer und zur Ausdehnung seines Einflusses auf Südosteuropa erhielt. Eine Bestätigung dieser Auffassung von Preußen als einem unentbehrlichen Ge-

27) Text der Verträge u. a. in: *Recueil des traités, conventions et actes diplomatiques concernant la Pologne 1762—1862*. Hrsg. von d'Angeberg (= J. L. Chodźko). Paris 1862. S. 97—106. Die Verträge sind dort, worauf aufmerksam gemacht sei, mit einem falschen Datum (25. Juli) versehen.

28) *Politische Correspondenz Friedrichs des Großen*, Bd 31, Berlin 1906, S. 486—487 (Nr. 20315).

29) ebenda, S. 682 (Nr. 20545).

gengewicht gegen Rußland darf in dem Verhalten der europäischen Mächte zur Frage der preußischen Ostgrenze bei der Neuordnung Europas 1814/15 gesehen werden.

Auf einen Umstand soll noch einmal ausdrücklich aufmerksam gemacht werden: Die territoriale Neuordnung des preußischen Nordostens im Jahre 1772 vollzog sich trotz unverkennbarer Rivalität zwischen Petersburg und Berlin doch auch im Zeichen des preußisch-russischen Bündnisses von 1764. Diese Konstellation hat bis zum Ende des 19. Jahrhunderts häufig die politische Lage in Osteuropa bestimmt und auch zur Stabilität der preußischen Stellung im Nordosten beigetragen.

Der Untergang des alten polnisch-litauischen Reiches in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts hat es Preußen ermöglicht, alleiniger Herr an der unteren Weichsel zu werden. Die Eingliederung Danzigs und Thorn ist ein klares Ziel der preußischen Politik nach 1772 gewesen. Der Versuch, durch eine gegen Rußland gerichtete Verständigung mit der Adelsrepublik zu Ende der achtziger Jahre dieses Ziel zu erreichen, scheiterte. Erst die umwälzenden Ereignisse von 1792 (der Einmarsch russischer Truppen in Polen im Zusammenhang mit der Konföderation von Targowica, der beinahe gleichzeitige Beginn des Revolutionskrieges in Westeuropa und die durch diesen Krieg veranlaßte Wiederannäherung Preußens an Rußland) haben die Voraussetzung dafür geschaffen, die Lösung von 1772 im Gebiet der unteren Weichsel zu korrigieren.<sup>30</sup> Denn Katharina II. wurde durch die Ereignisse von 1792 bewogen, den polnischen Staat abermals zu verkleinern und politisch völlig auszuschalten. Die russische Kaiserin berücksichtigte dabei bis zu einem gewissen Grade die preußischen Territorialwünsche, zweifellos im Hinblick auf die unsichere Lage in Europa. Der russisch-preußische Vertrag vom 23. Januar 1793<sup>31</sup> verhalf Preußen zu dem seit Jahrzehnten angestrebten Besitz von Danzig und Thorn.

Der Zusammenbruch Polen-Litauens und die durch den Revolutionskrieg ausgelösten Tendenzen zur Änderung der bestehenden Territorialverhältnisse in Europa veranlaßten Preußen gleichzeitig zur Erwerbung polnischer Gebiete, an denen es bislang kaum oder überhaupt kein Interesse gehabt hatte. Im Zuge der zweiten Teilung Polens erhielt der Hohenzollernstaat bekanntlich außer Danzig und Thorn noch Großpolen und Kujawien (von denen die nördlichen Randbezirke [= Netzedistrikt] be-

---

30) Zur Orientierung über die Vorgeschichte der zweiten Teilung Polens ist immer noch an erster Stelle das Werk von R. H. Lord, *The Second Partition of Poland* (Harvard Historical Studies, Bd 23), Cambridge/Mass. 1915, zu empfehlen.

31) Der Vertragstext u. a. in: K. Lutostanski, *Les partages de Pologne et la lutte pour l'indépendance*. (Recueil des actes diplomatiques, traités et documents concernant la Pologne, Bd 1.) Lausanne, Paris 1918. S. 140—143.

reits 1772 an Preußen gefallen waren), einen Teil Masowiens und ein kleines Stück von Kleinpolen sowie die zwischen Großpolen und Kleinpolen gelegenen Gebiete von Łęczyca und Sieradz. 1795 erfuhr das preußische Staatsterritorium im Osten abermals eine erhebliche Erweiterung.<sup>32</sup> Aus diesen 1793 und 1795 erworbenen Gebieten wurden die Provinzen Südpreußen und Neuostpreußen gebildet.<sup>33</sup> Die preußische Expansionspolitik zur Zeit der zweiten und dritten Teilung Polens zielte darauf ab, eine möglichst weit nach Osten vorgeschobene Grenze gegenüber Rußland zu gewinnen, das um die Mitte der neunziger Jahre eine starke, zum Teil sogar maßgebliche Position in der europäischen Politik erlangte. Zwischen dem Zarenreich und der Hohenzollernmonarchie ergaben sich daher 1794/95 starke Spannungen; sie sind durch den Verzicht Preußens auf einen großen Teil seines Territorialprogramms behoben worden, also durch das seit 1764 von Berlin beinahe konsequent befolgte politische Prinzip, einem Konflikt mit Rußland auszuweichen.<sup>34</sup> Ob für die Stellung Preußens im Nordosten der im Einverständnis mit Rußland erzielte Gewinn zweier aus polnischen Kerngebieten gebildeter Provinzen eine wirkliche Stärkung bedeutete, ist trotzdem fraglich. Der Aufstand in Südpreußen im Jahre 1806 ließ erkennen, vor welche Schwierigkeiten und Probleme der preußische Staat mit der territorialen Neuordnung von 1793 und 1795 gestellt war. Diese bedarf jedoch an dieser Stelle keiner weiteren Erörterung, weil sie schon 1806/07 mit dem Siegeszug Napoleons beseitigt wurde und daher auf die Entwicklung des preußischen Nordostens keine bleibende Wirkung ausgeübt hat.

Nach der Niederlage im Kampf gegen Napoleon drohte dem preußischen Staat die Zerstörung durch den Sieger. Wie dieser sich dabei die Neuordnung der politischen Verhältnisse zwischen unterer Weichsel und

32) Die Texte der Teilungsverträge von 1795 u. a. in: *Recueil des traités, conventions et actes diplomatiques concernant la Pologne 1762—1862*, S. 396—401.

33) I. Ch. Bussenius, *Die preußische Verwaltung in Süd- und Neuostpreußen 1793—1806*. (Studien zur Geschichte Preußens, Bd 6.) Heidelberg 1960; J. Wąsicki, *Ziemie polskie pod Zaborem Pruskim. Prusy Południowe 1793—1806*. [Von Preußen annektierte polnische Länder. Südpreußen 1793—1806.] (*Studia nad Historią Państwa i Prawa*, Serie II, Bd 6.) Wrocław 1957; ders., *Ziemie polskie pod Zaborem Pruskim. Prusy Nowowschodnie (Neuostpreußen) 1795—1806*. [Von Preußen annektierte polnische Länder. Neuostpreußen 1795—1806.] (*Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk. Wydział Historii i Nauk Społecznych. Prace Komisji Historycznej*, Bd 20, H. 1.) Poznań 1963.

34) Zur Vorgeschichte der dritten Teilung Polens siehe R. H. Lord, *The Third Partition of Poland*. In: *Slavonic Review* 3 (1924/25), S. 481—498. In Petersburg war eine starke Gruppe von Politikern und Militärs überhaupt gegen eine Aufteilung des polnischen Reststaates. Sie wollte diesen als russischen Vasallenstaat bestehen lassen. Wąsicki, *Ziemie polskie . . . Prusy Południowe*, S. 187.

Memel dachte, zeigen die Vorschläge, die er in der ersten Woche der Tilsiter Verhandlungen dem Zaren Alexander machte. Der eine Vorschlag wollte die Westgrenze Rußlands bis an die Weichsel vorschieben, der andere bot dem russischen Kaiser alle ehemals polnischen Gebiete Preußens (also auch Westpreußen) an.<sup>35</sup> Dieses zweite Projekt entsprach den politischen Bestrebungen maßgeblicher polnischer Kreise. So hatte Fürst Adam Czartoryski, der von Anfang 1804 bis Mitte 1806 das Außenministerium des Russischen Reiches leitete, versucht, den Zaren für eine anti-preußische Politik zu gewinnen („Mordplan“ gegen Preußen).<sup>36</sup> Deren Ziel sollte die Einverleibung des gesamten preußischen Anteils am einstigen polnisch-litauischen Staatsgebiet und darüber hinaus Ostpreußens durch Rußland sein.<sup>37</sup> Wenn die Absichten Napoleons verwirklicht worden wären, hätte der nordostdeutsche Raum ein völlig neues politisches Gesicht erhalten. Der französische Kaiser war aus politischen und militärischen Gründen jedoch genötigt, dem Verlangen Alexanders I. entsprechend auf eine Kompromißlösung einzugehen. Der preußische Besitzstand erlitt allerdings erhebliche Einbußen: etwa die Hälfte des Staatsgebietes mußte im Tilsiter Frieden<sup>38</sup> abgetreten werden. Die Verluste betrafen (abgesehen von den westelbischen Teilen Preußens) große Gebiete des preußischen Ostens. Die Erwerbungen aus der zweiten und dritten Teilung Polens fielen beinahe vollständig an das Herzogtum Warschau, das auf die Initiative Napoleons hin gegründet worden ist.<sup>39</sup> Danzig jedoch

35) F. Tempel, Die Verhandlungen in Tilsit vom 24. Juni bis 9. Juli 1807. (Straßburger Beiträge zur neueren Geschichte, Bd 16.) Straßburg 1918. S. 34—35; H. Delbrück, Die Frage der polnischen Krone und der Vernichtung Preußens in Tilsit. In: Studien und Versuche zur neueren Geschichte, Max Lenz gewidmet, Berlin 1910, S. 319—324; G. Roloff, Die Errichtung des Großherzogtums Warschau. In: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 23, 1. Hälfte (1910), S. 185.

36) Z. Wojciechowski, Polska — Niemcy. Dziesięć wieków zmagania. [Polen — Deutschland. Zehn Jahrhunderte Kampf.] (Praca Instytutu Zachodniego, Bd 3.) Poznań 1945. S. 190.

37) Mémoires du prince Adam Czartoryski, Bd 2, S. 63. Über die antipreußische Tendenz der außenpolitischen Konzeption Czartoryskis siehe M. Handelman, Adam Czartoryski, Bd 1, Warszawa 1948, S. 62—66.

38) Der Text des Friedensvertrages zwischen Napoleon I. und Alexander I. vom 7. 7. 1807 u. a. in: Supplément au recueil des principaux traités . . . Hrsg. von G. F. Martens. Bd 4, Göttingen 1808. S. 436—443 (Nr. 94); neuerdings auch in: Vnešnjaja politika Rossii XIX i načala XX veka. Dokumenty Rossijskogo ministerstva inostrannyh del. [Die Außenpolitik Rußlands im 19. und zu Beginn des 20. Jhs. Dokumente des russischen Außenministeriums.] Serie I, Bd 3, Moskva 1963. S. 631—637 (Nr. 257). Der Text des Vertrages zwischen Napoleon I. und Friedrich Wilhelm III. vom 9. 7. 1807 in: Supplément, Bd 4, S. 444—451 (Nr. 95a).

39) Früher bestand unter den Historikern Meinungsverschiedenheit darüber,

wurde nicht dem Herzogtum Warschau gegeben, sondern zur Freien Stadt unter dem Schutz (protection) des preußischen und sächsischen Königs gemacht. Das Teilgebiet von 1772 ging auf Grund des Tilsiter Friedens dem preußischen Staat nur teilweise verloren (beinahe der ganze Netzedistrikt und das Kulmerland kamen an das Herzogtum Warschau). Auf Betreiben des russischen Kaisers behielt der preußische König den größten Teil Westpreußens und ein kleines Stück des Netzedistrikts, so daß die ununterbrochene Verbindung zwischen Königsberg und Berlin bestehen blieb.<sup>40</sup> Alexander setzte schließlich auch noch durch, daß die Festung Graudenz dem preußischen Staat zugesprochen wurde.<sup>41</sup> Im preußischen Nordosten ist die Territorialordnung von 1772 somit trotz des staatlichen Zusammenbruchs von 1806/07 in den Grundlagen bewahrt geblieben, weil der russische Kaiser einerseits an der Erhaltung eines preußischen Rumpfstaates als künftigen Verbündeten gegen Napoleon interessiert war und weil er andererseits das von Napoleon abhängige Herzogtum Warschau — einen polnischen Staat in nuce — möglichst schwach halten wollte.

Die Neuordnung Europas nach dem Sturz Napoleons in den Jahren 1814/15 hat eine Festigung der preußischen Stellung im Nordosten gebracht. Auf Grund des preußisch-russischen Vertrages vom 3. Mai 1815 und der Schlußakte des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815 erhielt Preußen Danzig und vom Gebiet des ehemaligen Herzogtums Warschau den größten Teil der Departements Bromberg und Posen, anders ausgedrückt: den Netzedistrikt, das Kulmerland (mit Thorn) und das Posener Gebiet.<sup>42</sup> Damit kam Preußen wieder in den Besitz des ganzen Teilgebietes von 1772 sowie Danzigs und Thorns; das darüber hinaus dem Hohenzollernstaat zurückgegebene Posener Gebiet kürzte die Verbindung zwischen Ostpreußen und Schlesien ab und trug zur militärischen Sicherung des preußischen Nordostens und natürlich auch der übrigen östlichen Provinzen Preußens bei. Politisch bedeutsam war die mit der Wiener Schlußakte ausgesprochene internationale Anerkennung des preußischen Besitzstandes im Osten. Die Polenartikel der Wiener Schlußakte stellten insgesamt eine nachträgliche Sanktionierung der polnischen Teilungen durch die europäischen Mächte dar.

ob Napoleon oder Alexander als Schöpfer des Herzogtums Warschau anzusehen sei. Der Streit ist inzwischen zugunsten Napoleons entschieden. Siehe E. Halicz, *Geneza Księstwa Warszawskiego*. [Die Entstehung des Herzogtums Warschau.] Warszawa 1963. S. 172—173.

40) *Correspondance de Napoléon I<sup>er</sup>*. Bd 15, Paris 1864. S. 478—480 (Nr. 12849), S. 487—489 (Nr. 12862); Tempel, S. 123—124, 135; Halicz, S. 184.

41) Tempel, S. 151; Halicz, S. 184.

42) Die in unserem Zusammenhang interessierenden Artikel I—XIV und XXIII der Schlußakte des Wiener Kongresses vom 9. 6. 1815 sind u. a. gedruckt in: *Nouveau recueil de traités d'alliance, de paix, de trêve . . .* Hrsg. von G. F. Martens. Bd 2, Göttingen 1818. S. 383—387, 391—393.

Die Verhandlungen, die auf dem Wiener Kongreß und zu dessen Vorbereitung schon vor dem September 1814 geführt worden sind<sup>43</sup>, lassen weit deutlicher als die Bestimmungen der Schlußakte erkennen, auf welchen politischen Voraussetzungen die neue preußische Stellung im Nordosten wie überhaupt im Osten beruhte. Die polnische Frage hatte in Verbindung mit der sächsischen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Großmächten geführt. Die Gegensätze verschärften sich derart, daß Anfang 1815 ein militärischer Konflikt zwischen Österreich, England sowie Frankreich einerseits und Rußland (nebst Preußen) andererseits zu befürchten war. Diese Spannungen wurden weitgehend von der damaligen englisch-russischen Rivalität bestimmt, die sich infolge des weiteren Vordringens des Zarenreiches im Kaukasus und in Europa seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zu entwickeln begann. Nach der Angliederung Finnlands (1809) und Bessarabiens (1812) an das Russische Reich und dem Durchbruch des russischen Einflusses in Skandinavien (russisch-schwedischer Vertrag von 1812) drohte nunmehr infolge der russischen Herrschaft im Herzogtum Warschau ganz Mitteleuropa unter den Druck Petersburgs zu geraten. Die englischen Staatsmänner, insbesondere der Außenminister Castlereagh, waren daher an der Stärkung der Mitte Europas gegenüber Rußland in höchstem Maße interessiert.<sup>44</sup> In dem von der Londoner Regierung erstrebten europäischen Gleichgewicht kam der Mitte insgesamt eine entscheidende Funktion zu. Um eine Barriere gegen Rußland bilden und damit den russischen Druck auffangen zu können, sollte Preußen — so ergab es sich von selbst aus der englischen Konzeption — möglichst viel von dem Gebiet zurückerhalten, das es im Tilsiter Frieden zur Bildung des Herzogtums Warschau hatte abtreten müssen. Diese Tendenz zeigte sich am deutlichsten in der Denkschrift, die Castlereagh nach einer Konferenz mit Hardenberg und Metternich am 23. Oktober 1814 abfaßte und die das Ergebnis der Beratungen fixierte.<sup>45</sup> Auf Grund dieses Memorandums sollte dem Zaren der Vorschlag gemacht werden, die Weichsel als preußisch-russische Grenze zu akzeptieren für den Fall, daß es nicht zur Wiedererrichtung des polnischen Staates komme. Diese ist damals jedoch von keiner Großmacht ernsthaft betrieben worden. Die

43) vgl. die Gesamtdarstellungen: Ch. K. Webster, *The Congress of Vienna 1814—1815*. London 1963 (1. Aufl. 1919); K. Griewank, *Der Wiener Kongreß und die europäische Restauration 1814/15*. Leipzig 1954<sup>2</sup>.

44) W. Döckert, *Die englische Politik auf dem Wiener Kongreß*. (Phil. Diss. Leipzig.) Weida i. Th. 1911. S. 47; E. Wawrzkowicz, *Anglja a sprawa polska 1813—1815*. [England und die polnische Frage 1813—1815.] (Monografie w zakresie dziejów nowożytnych, Bd 18.) Kraków, Warszawa 1919. S. 120—123; Webster, S. 125, 127, 136.

45) Die Denkschrift ist gedruckt in: *British Diplomacy 1813—1815. Select Documents Dealing with the Reconstruction of Europe*. Hrsg. von Ch. K. Webster. London 1921. S. 213—215.

englische Ostpolitik fand, wie die Denkschrift zeigt, die Unterstützung Wiens.<sup>46</sup> Die Ansichten, welche der französische Vertreter auf dem Wiener Kongreß, Außenminister Talleyrand, hinsichtlich der Regelung der Territorialfragen in Osteuropa vertrat, deckten sich ebenfalls weitgehend mit dem Programm Castlereaghs. Der französische Außenminister hielt eine Zurückdrängung Rußlands und gleichzeitig eine Verschiebung des preußischen Schwergewichts nach Osten für wünschenswert. Aus diesem Grunde setzte sich Talleyrand für eine Rückkehr zur Ordnung von 1795 ein.<sup>47</sup> Gegenüber diesen Bestrebungen Englands, Österreichs sowie Frankreichs verharrete der Zar bei seinem Anspruch auf den größten Teil des Herzogtums Warschau, und er war nur bereit, Preußen einige westliche Grenzbezirke zu überlassen.<sup>48</sup>

Es hat auf preußischer Seite Politiker und Militärs gegeben, welche die Rückgabe eines großen Teils des Herzogtums Warschau für unbedingt erstrebenswert hielten (z. B. Oberst von dem Knesebeck, preußischer Unterhändler in Kalisch im Februar 1813).<sup>49</sup> Die maßgeblichen Politiker (einschließlich des Staatskanzlers Hardenberg), insbesondere aber der König, waren nicht bereit, ein solches Programm nachdrücklich zu vertreten und sich den Territorialforderungen des Zaren ernsthaft, auf die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes hin, zu widersetzen. Das Zurückweichen Preußens in der Auseinandersetzung um das Herzogtum Warschau (Anfang November 1814) ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die in der

46) Metternichs Stellung zu den Auseinandersetzungen über das Herzogtum Warschau ist einer Weisung an den Grafen Zichy vom 1. 8. 1814 und dem beigegebenen Memorandum über die polnische Frage zu entnehmen. Siehe A. Fournier, Zur Geschichte der polnischen Frage 1814 und 1815. In: Mittn. des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 20 (1899), S. 463—467.

47) In der von Talleyrand unterzeichneten Instruktion für die französische Vertretung auf dem Wiener Kongreß vom August 1814 heißt es: „... ne pouvant d'un autre côté, sans un péril évident pour l'Europe, donner toute la Pologne à la Russie (et ce serait la lui donner toute que d'ajouter seulement le duché de Varsovie à ce qu'elle possède déjà), que peut-on faire de mieux que de remettre les choses dans l'état où elles avaient été par le dernier partage?“ Mémoires du prince de Talleyrand. Bd 2, Paris 1891. S. 249.

48) Der Standpunkt des Zaren ist in einem Memorandum vom 30. 10. 1814 auseinandergesetzt. Dieses ist gedruckt in: British Diplomacy, S. 224—225.

49) Über die preußische Politik auf dem Wiener Kongreß vgl. den kürzlich veröffentlichten Artikel von H. G. Sasse, Preußen und die polnische Frage auf dem Wiener Kongreß 1814, in: Jb. der Albertus-Univ. zu Königsberg/Pr., 15 (1965), S. 153—186, und die Dissertation von K. von Olshausen, Die Stellung der Großmächte zur sächsischen Frage auf dem Wiener Kongreß und deren Rückwirkung auf die Gestaltung der preußischen Ostgrenze (Phil. Diss. München 1932), Quakenbrück 1933. Von den älteren Arbeiten sei hier ausdrücklich genannt H. Delbrück, Friedrich Wilhelm III. und Hardenberg auf dem Wiener Kongreß. In: HZ 63 (1889), S. 242—265.

Schlußakte vom 9. Juni 1815 festgelegte Regelung der preußisch-russischen Grenze. Denn nach dem Verzicht Preußens auf Widerstand gegen das russische Vordringen bis ins Warthegebiet konnte die englische Politik — und ebenso die österreichische und französische — bei den weiteren Auseinandersetzungen über die polnische Frage nicht an ihrem bisherigen Territorialprogramm festhalten, selbst wenn die Absicht bestanden hätte. So setzte sich der Standpunkt des Zaren in der Frage der preußisch-russischen Grenze gegenüber allen europäischen Mächten durch. Alexander hat bei den Verhandlungen nach der Krise vom Anfang Januar 1815 lediglich in einigen Einzelfragen Konzessionen gemacht, u. a. hinsichtlich Thorn. Ende Januar 1815 erklärte er sich bereit, diese für die Sicherung des preußischen Nordostens wichtige Stadt und Festung der Hohenzollernmonarchie zu überlassen.<sup>50</sup> Hardenberg hat hartnäckig um dieses russische Zugeständnis gerungen und dabei dem Zaren gegenüber auch das nationale Argument verwandt, das im allgemeinen auf dem Wiener Kongreß wenig Gehör gefunden hat. In einer Denkschrift für Alexander (23. November 1814) erklärte der preußische Staatsmann, „Thorn sei eine deutsche Stadt und die Bewohner wünschten die Vereinigung mit Preußen“.<sup>51</sup> Insgesamt ist die in Wien getroffene Entscheidung über die preußisch-russische Grenze von zeitgenössischen Politikern, aber auch von späteren Historikern (in Deutschland) als ausgesprochen ungünstig für Preußen und überhaupt für Europa verurteilt<sup>52</sup> und Preußen wegen seiner Nachgiebigkeit gegenüber den russischen Forderungen des „Verrats an Europa“ bezichtigt worden.<sup>53</sup> Diese Kritik kann hier nicht im einzelnen erörtert werden. Es sei aber bemerkt, daß keine Gewißheit darüber bestand, mit welcher Unterstützung durch England Preußen im Falle eines ernststen Konfliktes mit Rußland rechnen konnte. In der englischen Regierung waren die Meinungen offensichtlich geteilt. Der Premierminister, Lord Liverpool, wollte kein Risiko in der polnischen Frage eingehen.<sup>54</sup> Aus richtiger Einsicht in die Schwäche der eigenen Position zogen es die preußischen Staatsmänner vor, sich nicht in „eine scharfe Frontstellung gegen Rußland“<sup>55</sup> zu begeben. Diese Entscheidung erinnert an den von Friedrich dem Großen vertretenen Grundsatz, daß Preußen einen Krieg mit Rußland möglichst vermeiden solle. Delbrück dürfte mit seiner Ansicht recht haben, daß Preußen auf dem Wiener Kongreß kaum mehr erreichen konnte, als es tatsächlich erreicht hat.<sup>56</sup>

Die preußische Stellung im Nordosten, die sich aus den Auseinandersetzungen

50) Olshausen, S. 129—130; Dökert, S. 132—133.

51) Auszug aus der Denkschrift bei Delbrück, S. 265.

52) Aus dem Tagebuch Erzherzog Johanns von Österreich 1810—1815. Innsbruck 1891. S. 205—206.

53) Delbrück, S. 250.

54) Dökert, S. 58—60, 104—105.

55) Griewank, S. 217.

56) Delbrück, S. 243.

zungen der europäischen Großmächte nach dem Sturz Napoleons ergab, beruhte also einerseits auf dem englischen Streben nach Gleichgewicht unter den europäischen Großmächten, speziell nach Stärkung der europäischen Mitte gegenüber Rußland, andererseits aber auf dem preußischen Bemühen um ein friedliches Verhältnis zum Zarenreich. Preußens Position wurde jedoch unverkennbar dadurch beeinträchtigt, daß es mit dem Vordringen Rußlands bis ins Warthegebiet gegenüber dem östlichen Nachbarn weniger militärische Bewegungsfreiheit besaß als je und vor allem der preußische Nordosten jetzt für die russische Armee leicht angreifbar war. Wilhelm von Humboldt gab im Hinblick auf diese Situation seiner Sorge bereits in einer Denkschrift vom 9. November 1814 Ausdruck: „Denn es ist unleugbar, daß die jetzige Teilung des Herzogtums Warschau für Preußen, auch wenn es Thorn und die Warthe erhielte, doch noch sehr große Nachteile hat, und Ost- und Westpreußen zu weniger nützlichen und weniger sicheren Provinzen macht.“<sup>57</sup> Es ist daher in Zeiten, welche eine Erschütterung der politischen Ordnung Osteuropas brachten, in Deutschland von Publizisten und Politikern extremer Richtung die Forderung nach einer günstigeren Ostgrenze Preußens wieder aufgegriffen worden, so z. B. von Paul de Lagarde im November 1853, einige Monate nach dem Beginn des russisch-türkischen Krieges, der sich bald zum Krimkrieg ausweitete.<sup>58</sup> Im Ersten Weltkrieg haben vor allem maßgebliche militärische Kreise auf eine Grenzkorrektur im Bereich Kongreßpolens gedrängt.<sup>59</sup> Es sei aber ausdrücklich bemerkt, daß der Besitz des Gebietes zwischen Weichsel und Warthe von der Petersburger Regierung nicht immer nur als eventuelle Operationsbasis gegen den Westen angesehen und deshalb hochgeschätzt, sondern mitunter auch als Last empfunden worden ist, deren man sich gern entledigt hätte. Nikolaus I. scheint nach dem polnischen Aufstand von 1830/31 mit Plänen solcher Art gespielt zu haben.<sup>60</sup>

57) Delbrück, S. 262.

58) P. de Lagarde, Deutsche Schriften. München 1924. S. 37—38. (Vortrag: Über die gegenwärtigen Aufgaben der deutschen Politik.) In der polnischen Literatur wird Äußerungen dieser Art zu viel Bedeutung beigemessen; vgl. J. Feldman, Bismarck a Polska. [Bismarck und Polen.] o. O. 1947<sup>2</sup>. S. 127—128.

59) Hierzu vgl. I. Geiss, Der polnische Grenzstreifen 1914—1918. (Historische Studien, H. 378.) Lübeck, Hamburg 1960. Das Problem wird jedoch vom Autor nicht immer sachlich ausreichend und im Grunde ohne historische Perspektiven behandelt. — Auf polnischer Seite hat sich in jüngster Zeit ausführlich über die Frage der Grenzkorrekturen im Osten 1914/18 geäußert L. Grosfeld, Polityka państw centralnych wobec sprawy polskiej w latach pierwszej wojny światowej. [Die Politik der Zentralmächte in der polnischen Frage in den Jahren des Ersten Weltkrieges.] Warszawa 1962.

60) Sie haben ihren Niederschlag in einem vertraulichen Memorandum des Zaren aus dem Jahre 1831 gefunden. Dieses ist gedruckt in: Sobranie traktatow i konvencij, Bd 8, St. Petersburg 1888, S. 177—181.

Die Bedeutung des militärischen Aspektes für das Problem der preußisch-russischen Grenze im 19. Jahrhundert soll zwar nicht unterschätzt werden, aber entscheidend für die Sicherheit des preußischen Nordostens war zweifellos das politische Moment, also die weitere Entwicklung des preußisch-russischen Verhältnisses. Der Tatsache, daß zwischen den beiden Mächten bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts politisches Einvernehmen bestanden hat, ist zu einem guten Teil die feste Stellung Preußens im Weichsel- und Memelraum nach dem Wiener Kongreß zu verdanken. Der deutsche Nordosten mußte daher von den Veränderungen betroffen werden, die sich in den deutsch-russischen Beziehungen anbahnten. Die Gründung des Deutschen Reiches paßte nicht in das Konzept der russischen Staatsführung; nach 1871 setzten infolgedessen in den politisch verantwortlichen Kreisen Petersburgs Bestrebungen ein, die auf eine russisch-französische Annäherung abzielten, um die Machtentwicklung Deutschlands zu hemmen. In der politischen Publizistik des Zarenreiches trat die antideutsche Tendenz erheblich stärker in Erscheinung als in den offiziellen staatlichen Beziehungen.<sup>61</sup> Trotz des russisch-französischen Bündnisses von 1892 ist aber die neue, gefährdete Situation des deutschen Nordostens erst mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges allgemein offenkundig geworden.

Eine gewisse Beunruhigung ist in den beiden nordöstlichen Provinzen Preußens von der polnischen Nationalbewegung hervorgerufen worden. Diese entfaltete sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts unter dem Posener Polentum und suchte von dort aus auch in den nordöstlichen Gebieten Preußens Fuß zu fassen. Die Bemühungen scheiterten in Masuren vollständig und hatten in dem zu zwei Dritteln von Deutschen bewohnten Westpreußen nur einen sehr begrenzten Wirkungsbereich. Die bestehenden Verhältnisse konnten dort von der nationalpolnischen Bewegung jedenfalls nicht erschüttert werden, wie die politischen Ereignisse im preußischen Osten nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreiches nachdrücklich bestätigt haben: der Aufstand der Posener Polen vom Dezember 1918 ließ sich von Westpreußen fernhalten. Die polnisch-russischen Spannungen, die nach dem Aufstand von 1863 bis zum Ersten Weltkriege nie wirklich beseitigt worden sind, haben natürlich Deutschland vor manchen Schwierigkeiten in den Ostprovinzen bewahrt, insbesondere nach der Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland.

Der Ausgang des Ersten Weltkrieges hat zur Folge gehabt, daß die Entscheidung über das Schicksal des Weichsel-Memel-Raumes nicht mehr ein in erster Linie deutsch-russisches Problem war, sondern eine ausschließ-

---

61) J. B o r i s o v, Russko-francuzskie otnošenija posle Frankfurtskogo mira, 1871—1875. [Die russisch-französischen Beziehungen nach dem Frankfurter Frieden, 1871—1875.] Moskva 1951. S. 60—69.

liche Angelegenheit der westlichen Siegermächte wurde. Diese nahmen die Neuregelung der Territorialverhältnisse des deutschen Nordostens im Rahmen des Umbaus der europäischen Staatenwelt vor, wobei Polen bis zum gewissen Grade die Möglichkeit der Mitwirkung erhielt. Im Gegensatz zu den Bestrebungen der europäischen Großmächte auf dem Wiener Kongreß besaß 1919/20 keiner der maßgeblichen Siegerstaaten ein Interesse daran, Deutschland eine starke Stellung in Osteuropa zukommen zu lassen.<sup>62</sup> Frankreich trat ganz entschieden für die Schaffung eines großen polnischen Staates auf Kosten Deutschlands ein. Die wichtigste Funktion dieses neuen Polens sollte — nach französischer Absicht — darin bestehen, Deutschland von der Weichsel und Warthe her in Schach zu halten. Daß die Entscheidung schließlich nicht so radikal ausfiel, geht auf die englische Politik zurück, die Frankreich und seine Vasallen nicht zu stark werden lassen wollte. Die Neugestaltung der Grenzverhältnisse im deutschen Osten war somit teilweise das Ergebnis der englisch-französischen Auseinandersetzungen auf der Konferenz. Die auf Milderung der anti-deutschen Forderungen und Maßnahmen drängende englische Politik ist zugleich von dem Bestreben geleitet gewesen, in Europa die politischen Voraussetzungen für die Abwehr des Bolschewismus zu schaffen. Das gilt vor allem für das Verhalten Lloyd Georges, des englischen Ministerpräsidenten. Er vertrat die Ansicht, daß Westeuropa Deutschland als Damm gegen die revolutionäre Flut benötigte. So erklärt er am 8. März 1919 im Großen Rat bei der Debatte über die Blockade Deutschlands: „As long as order was maintained in Germany, a breakwater would exist between the countries of the Allies and the waters of Revolution beyond. But once the breakwater was swept away, he could not speak for France, but trembled for his own country.“<sup>63</sup> Die führenden französischen Politiker und

62) Über die Stellungnahme der Siegermächte zu dem sich neubildenden polnischen Staat und die Motive ihres Verhaltens orientiert jetzt eingehender die Arbeit von R. Bierzanek, Państwo polskie w politycznych koncepcjach mocarstw zachodnich 1917—1919. [Der polnische Staat in den politischen Konzeptionen der Westmächte 1917—1919.] Warszawa 1964; insbesondere S. 84—113. Leider ist der Anmerkungsapparat des Buches nachlässig angefertigt.

63) Papers Relating to the Foreign Relations of the United States. The Paris Peace Conference 1919 (weiterhin zitiert: PPC). Bd 4, Washington 1943. S. 281. — Die Wirkung der Ereignisse in Rußland auf die Verhandlungen der Pariser Friedenskonferenz wird in der sowjetischen und seit dem Zweiten Weltkrieg auch in der polnischen Literatur hervorgehoben; vgl. B. E. Štejn, „Russkij vopros“ na Parižskoj mirnoj konferencii 1919—1920. Moskva 1949. Dt. Übers.: B. E. Stein, Die „Russische Frage“ auf der Pariser Friedenskonferenz 1919—1920. Leipzig 1953; K. Lapter, Sprawa Gdańska i dostępu Polski do morza na Konferencji Paryskiej 1919 r. [Die Frage Danzigs und des Zuganges Polens zum Meer auf der Pariser Konferenz von 1919.] In: Przegląd Historyczny 45 (1954), S. 460—478; B. Dobrowolska, Stosunek mocarstw sprzymierzonych do

Militärs glaubten damals, den Bolschewismus erfolgreich mit Hilfe der Randstaaten (von Finnland bis Griechenland) militärisch bekämpfen und bezwingen zu können, wobei Polen eine wichtige Rolle zugedacht war. Diese Pläne hielt Lloyd George — ganz zutreffend — für undurchführbar; es schien ihm angesichts des Umsichgreifens linksradikaler Strömungen in Ost- und Mitteleuropa wichtig zu sein, Deutschland intakt zu halten. Die amerikanischen Politiker nahmen im wesentlichen eine vermittelnde Stellung zwischen Frankreich und England ein. Trotz der englischen Einwände gegen eine zu empfindliche Schwächung Deutschlands waren sich offensichtlich alle Vertreter der Siegermächte in Paris aber darin einig, daß bei der Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und dem neuen polnischen Staat grundsätzlich von den Territorialverhältnissen von 1771 auszugehen sei, mit der Bereitschaft, sogar weiterreichende polnische Ansprüche zu berücksichtigen. Damit war von vornherein die schwerwiegende Entscheidung gefallen, daß in erheblichem Maße die Position beseitigt werden sollte, die Preußen(-Deutschland) seit dem 18. Jahrhundert im Osten besaß. Eine Kompromißlösung (auf den Grenzen von 1792 oder 1807 basierend) ist offenbar von den Versailler Politikern überhaupt nicht ernsthaft in Erwägung gezogen worden. Zur Zeit des Wiener Kongresses hatten dagegen nicht wenige verantwortliche Politiker für den Fall einer Wiederherstellung Polens an die Grenzen von 1792 gedacht. Der damalige englische Ministerpräsident, Lord Liverpool, sah z. B. die Schaffung eines Königreichs Polen nach dem Stande von 1792 als die gerechteste Lösung an.<sup>64</sup>

Die Bereitschaft der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, dem neuen polnischen Staat im Westen ein Gebiet in den Grenzen von 1772 und noch mehr zu geben, hatte zur Folge, daß der Oberste Rat, das maßgebliche Gremium der Pariser Friedenskonferenz, hinsichtlich des deutschen Nordostens sich nur darüber einigen mußte, in welchem Umfange west- und ostpreußisches Gebiet dem neuen polnischen Staat eingegliedert werden sollte. Diese Verhandlungen sind im März und April 1919 geführt worden.<sup>65</sup>

---

sprawy zachodnich granic Polski w pierwszej fazie konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. [Die alliierten Mächte und die Frage der Westgrenzen Polens in der ersten Phase der Pariser Friedenskonferenz von 1919.] In: *Najnowsze dzieje Polski. Materiały i studia z okresu 1914—1939*, Bd 1, Warszawa 1958, S. 35—76; R. Bierzanek, *Sprawa Gdańska w polityce wielkich mocarstw zachodnich w okresie konferencji pokojowej 1919 r.* [Die Danziger Frage in der Politik der westlichen Großmächte zur Zeit der Friedenskonferenz von 1919.] In: *Przegląd Zachodni* 10, 3 (1954), S. 140—181; ders., *Państwo polskie . . .* (s. Anm. 62).

64) *Supplementary Despatches, Correspondence, and Memoranda of Field Marshal Arthur Duke of Wellington*, K. G. Bd 9, London 1962, S. 342—344.

65) Die Verhandlungen sind in der wissenschaftlichen Literatur des öfteren untersucht und dargestellt worden. Von deutschen Arbeiten seien hier genannt:

Die polnische Delegation auf der Friedenskonferenz hatte in einer Denkschrift vom 28. Februar 1919<sup>66</sup>, welche der vom Obersten Rat eingesetzten „Kommission für polnische Angelegenheiten“ übergeben wurde, folgende Gebiete des deutschen Nordostens für Polen verlangt: einige ostpommersche Kreise (Lauenburg, Bütow sowie einen Teil des Kreises Stolp), Westpreußen außer den westlichen Teilen der Kreise Deutsch-Krone und Schlochau, an ostpreußischem Gebiet das Ermland, den Regierungsbezirk Allenstein und den Kreis Oletzko (vom Regierungsbezirk Gumbinnen). Der Nordosten der Provinz sollte an Litauen fallen und der dann noch verbleibende Rest Ostpreußens zu einer unabhängigen Republik unter dem Protektorat des Völkerbundes gemacht werden. Polen wünschte mit anderen Worten die Liquidierung einer weit ins Mittelalter zurückreichenden geschichtlichen Entwicklung. In der Denkschrift vom 28. Februar wurde diese Forderung mit der Bemerkung unterstrichen, daß von der Lösung des Problems Ostpreußen das Schicksal Polens abhängt.

Der Vorschlag, den die „Kommission für polnische Angelegenheiten“ ihrerseits für die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze ausarbeitete, interessiert hier natürlich nur so weit, wie er den Nordosten Deutschlands betrifft.<sup>67</sup> Die Kommission folgte hinsichtlich Westpreußens weitgehend

W. Recke, Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik. Berlin 1927. S. 334—336; P. Roth, Die Entstehung des polnischen Staates. (Öffentlich-rechtliche Abhandlungen, H. 7.) Berlin 1926. S. 70—81; G. Königk, Der Kampf um die deutsche Ostgrenze in Versailles. (Forschungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts. Abt.: Politische Geschichte, Bd 2.) Berlin 1940. — Auf polnischer Seite sind nach dem Zweiten Weltkrieg die Pariser Verhandlungen von 1919 über die deutsch-polnische Grenze in verstärktem Maße Gegenstand wissenschaftlicher Darstellungen geworden. Siehe die Arbeiten von Lapter, Dobrowolska und Bierzanek, die in Anm. 63 zitiert worden sind. Ferner: Z. Wroniak, Sprawa polskiej granicy zachodniej w latach 1918—1919. [Die Frage der polnischen Westgrenze in den Jahren 1918—1919.] Poznań 1963; Problem polsko-niemiecki w traktacie wersalskim. [Das deutsch-polnische Problem im Versailler Vertrag.] Sammelarbeit unter der Redaktion von J. Pajewski. (Dzieje polskiej granicy zachodniej, Bd 3.) Poznań 1963; T. Komarnicki, Rebirth of the Polish Republic. A Study in the Diplomatic History of Europe, 1914—1920. Melbourne, London, Toronto 1957; besonders S. 275—354. — Von älteren polnischen Arbeiten ist zu nennen St. Kozicki, Sprawa granic Polski na konferencji pokojowej w Paryżu. [Die Frage der Grenzen Polens auf der Friedenskonferenz in Paris.] Warszawa 1921; insbesondere S. 61—80; ferner die publizistische Arbeit von K. Smogorzewski, Poland's Access to the Sea. London 1934. S. 119—151.

66) Die Denkschrift ist in polnischer Übersetzung abgedruckt in: R. Dmowski, Polityka polska i odbudowanie państwa. [Die polnische Politik und der Wiederaufbau des Staates.] Warszawa 1926<sup>2</sup>. S. 521—525.

67) Der Vorschlag der Kommission ist gedruckt in: D. H. Miller, My Diary at the Conference of Paris with Documents. Bd 6 [New York 1924—1926],

dem polnischen Projekt. Das bedeutete, daß auch Danzig und die östlich der Weichsel gelegenen westpreußischen Kreise Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg ganz oder teilweise Polen überlassen werden sollten. Die Kommission begründete die Forderung auf diese westpreußischen Kreise damit, daß Polen die direkte Bahnverbindung zwischen Warschau und Danzig (über Deutsch-Eylau und Marienburg) in eigenem Besitz haben müsse. Hinsichtlich Ostpreußens wich der Vorschlag der Kommission jedoch erheblich von den polnischen Wünschen ab. Lediglich ein kleines Gebiet (Soldau) sollte an Polen abgetreten, im gesamten übrigen Regierungsbezirk Allenstein und im Kreise Oletzko dagegen eine Abstimmung durchgeführt werden. Die Kommission hatte sich zu diesem Vorschlag entschlossen, weil die Mehrheit der Bevölkerung im Regierungsbezirk Allenstein — so meinten die Kommissionsmitglieder — zwar polnisch sei, aber evangelischer Konfession. Daher sei es zweifelhaft, ob sie mit dem katholischen Polen vereinigt werden wolle.<sup>68</sup> Das übrige Ostpreußen sollte — nach dem Projekt der Kommission — beim Deutschen Reich verbleiben und nicht, wie es die polnische Denkschrift wünschte, eine selbständige Republik werden. Von Pommern sollte nur ein kleiner Teil des Kreises Lauenburg an Polen fallen.

Im Obersten Rat kam das Projekt der Kommission für polnische Angelegenheiten am 19. März 1919 zur Verhandlung.<sup>69</sup> Hier äußerte Lloyd George Bedenken gegen die von der Kommission vorgeschlagene Abtretung ganz überwiegend deutschbesiedelten Territoriums wie des Gebietes von Danzig und Marienwerder an Polen. Er drückte in der Debatte die Befürchtung aus, daß für Polen große Schwierigkeiten (serious trouble)<sup>70</sup> entstehen würden, wenn man dem Kommissionsvorschlag entsprechend 2 132 000 Deutsche dem polnischen Staat überantworte. In seiner vertraulichen Denkschrift für Wilson und Clemenceau vom 25. März

---

S. 350—366. Eine polnische Übersetzung des vollständigen Wortlautes (ohne Anlagen) liegt vor in: *Sprawy polskie na Konferencji Pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały*. [Die polnischen Angelegenheiten auf der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919. Dokumente und Materialien.] Bd 1, Warszawa 1965. S. 107—113. Ausführliche Inhaltsangabe bei Roth, S. 73—74.

68) Jules Cambon, der Vorsitzende der Kommission, erläuterte vor dem Obersten Rat am 19. 3. 1919 den Vorschlag hinsichtlich Südostpreußens folgendermaßen: „East Prussia was doubtless the most Prussian part of Germany, and its capital, Königsberg, was a holy place of Prussianism. The southern part of the Province, notably in the district of Allenstein, the people were Polish, but the Poles here, unlike the majority of their countrymen, were Protestants, and had been very largely Germanized. They spoke German as much as Polish. The Committee therefore, proposed that these people be consulted concerning their future allegiance, and that a plebiscite be held there.“ PPC, Bd 4, S. 414.

69) Das Protokoll dieser Sitzung ist gedruckt in: PPC, Bd 4, S. 404—419.

70) ebenda, S. 414.

hat Lloyd George sogar gemeint, daß eine solche Regelung früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen müsse.<sup>71</sup> Der englische Ministerpräsident rechnete ferner mit der Möglichkeit, daß die Forderung nach derartig umfangreichen Gebietsabtretungen, wie sie der Kommissionsvorschlag enthielt, die Stabilisierung der innerdeutschen Verhältnisse gefährden würde (an welcher die englische Politik im Hinblick auf die linksradikalen Umsturzversuche in Ost- und Mitteleuropa stark interessiert war). In der Debatte am 19. März erklärte Lloyd George: „If the Allies should present a document requiring from Germany huge indemnities and the cession of a large German population to Poland, the German Government might collapse.“<sup>72</sup> Der englische Ministerpräsident empfahl, den polnischen Gebietsforderungen nicht in dem vorgeschlagenen Umfange nachzugeben. Er setzte sich schließlich gegen Clemenceau und Wilson, die den Kommissionsvorschlag verteidigten, weitgehend durch. Bereits in der Sitzung vom 22. März bahnte sich ein Kompromiß zwischen dem englischen Ministerpräsidenten und dem amerikanischen Präsidenten an.<sup>73</sup> Die weiteren Bemühungen ergaben Anfang April den Beschluß, in den westpreußischen Kreisen Marienburg (östlich der Nogat), Marienwerder (östlich der Weichsel), Stuhm und Rosenberg eine Volksabstimmung durchzuführen.<sup>74</sup> In den ersten Apriltagen fiel auch die Entscheidung in der Danziger Frage, wiederum durch einen Kompromiß zwischen Lloyd George und Wilson. Sie einigten sich dahin, daß Danzig Freie Stadt werden sollte.<sup>75</sup>

---

71) D. Lloyd George, *The Truth about the Peace Treaties*. Bd 1, London 1938. S. 406.

72) PPC, Bd 4, S. 415.

73) Der Oberste Rat einigte sich auf folgende von Wilson vorgeschlagene Formel: „The new Report of the Commission on Polish Affairs was received and discussed and reserved for final examination in connection with subsequent boundary determinations affecting Germany.“ PPC, Bd 4, S. 450.

74) Am 1. 4. wurden sich Wilson und Lloyd George bei den Verhandlungen im Obersten Rat über die Volksabstimmung in der „province de Marienwerder“ einig. P. M a n t o u x, *Les délibérations du Conseil des Quatre (24 mars—28 juin 1919)*. Notes de l'officier interprète. Bd 1, Paris 1955. S. 112. Clemenceau äußerte Bedenken, stimmte jedoch zwei Tage später zu (ebenda, S. 126). Am 9. 4. wurde der die Abstimmung betreffende Artikel des künftigen Friedensvertrages dem Obersten Rat bereits im Entwurf vorgelegt (ebenda, S. 197—198).

75) Die Diskussion im Obersten Rat am Nachmittag des 1. 4. zeigt, daß die Danziger Frage bis dahin noch nicht entschieden war. Erst im Laufe der Nachmittagssitzung kam es in der Angelegenheit Danzig zum Einvernehmen zwischen Lloyd George und Wilson. M a n t o u x teilt in seinen Aufzeichnungen (Bd 1, S. 112) folgende Äußerungen mit, die gegen Ende des Gesprächs über Danzig fielen: „Le Président Wilson. — Sommes-nous d'accord pour former un Etat libre autour de Dantzic? M. Lloyd George. — Oui, mais sous l'autorité de

Die Aktivität des englischen Ministerpräsidenten im Sinne der Freistadtlösung ist zweifellos zum Teil durch spezielle britische Handelsinteressen bedingt gewesen.<sup>76</sup> Die französischen Politiker und Militärs fügten sich nur widerstrebend den Wünschen Lloyd Georges und Wilsons. Marschall Foch hat noch bis zum Anfang April polnische Pläne unterstützt, die auf die Schaffung eines *fait accompli* an der Weichselmündung gerichtet waren. Durch den Transport der Haller-Armee<sup>77</sup> nach Danzig sollten die Stadt sowie die von dort nach Warschau führenden Bahnlinien in polnische Gewalt gebracht werden. Zum Scheitern dieser Pläne hat nicht zuletzt der Widerstand der deutschen Regierung beigetragen.<sup>78</sup>

Über die eben besprochenen Änderungen hinaus sind keine weiteren wesentlicher Art an den Vorschlägen der Kommission für polnische Angelegenheiten hinsichtlich des deutschen Nordostens beschlossen worden. Diese Vorschläge sind also — abgesehen von der Regelung für Danzig und das Gebiet von Marienwerder — Grundlage für die Bestimmungen des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 über Ost- und Westpreußen geworden.<sup>79</sup> Die Einwände des deutschen Gegenvorschlags vom 29. Mai gegen die die beiden Provinzen betreffenden Artikel des Vertragsentwurfes vom 7. Mai blieben unbeachtet. Die deutsche Regierung hatte sich in den Bemerkungen zu den Friedensbedingungen (des Entwurfs vom 7. Mai) hinsichtlich des deutschen Nordostens für eine Grenzziehung eingesetzt, die im wesentlichen der von 1772 entsprochen und außerdem Danzig und

---

la Société des Nations.“ Der widerstrebende Clemenceau stimmte — wie in der Angelegenheit Marienwerder — am 3. 4. zu (ebenda, Bd 1, S. 126). In der Sitzung des Obersten Rates vom 9. 4. (vormittags) lag dem Obersten Rat schon ein Textentwurf für die Danzig-Bestimmungen des Friedensvertrages vor (ebenda, S. 197). Nachdem Mantoux seine Aufzeichnungen veröffentlicht hat, läßt sich die Ansicht, daß der 28. 3. 1919 die „Geburtsstunde der Freien Stadt Danzig“ gewesen ist (so E. Hölzle, Die „Freie Stadt“ Danzig. Ein Kapitel Geschichte der Pariser Friedenskonferenz. Stuttgart 1935. S. 23, Anm. 22), nicht aufrechterhalten. Vgl. zu dieser Frage auch Bierzanek, Państwo polskie, S. 77, besonders Anm. 62.

76) Bierzanek, Państwo polskie, S. 106.

77) Es handelt sich bei der Haller-Armee um die in Frankreich 1917/18 aufgestellte polnische Armee; im Oktober 1918 übernahm General Josef Haller den Oberbefehl über diese Truppen.

78) Bierzanek, Sprawa Gdańska, S. 173—179.

79) Die Bestimmungen über die neuen Grenzen im Weichsel-Memel-Raum sind in den Artikeln 28 und 94—100 enthalten. Vgl. den dreisprachigen Text des Friedensvertrages in: Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen. (Im Auftrage des Auswärtigen Amtes.) Teil 7: Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten . . . Charlottenburg 1919.

Thorn bei Deutschland belassen hätte.<sup>80</sup> Diese Lösung hatte sich bereits de facto infolge des Abfalls des überwiegend von Polen bewohnten Teiles der Provinz Posen (Ende Dezember 1918) ergeben. Sie spiegelte deutlich das historisch gewordene Kräfteverhältnis der Nationalitäten im Weichsel-Netze-Raum wider, hat aber trotzdem auf die Entscheidung der Friedenskonferenz keinen Einfluß auszuüben vermocht.

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 ging die Staatshoheit über einen großen Teil Westpreußens an Polen über. Die Staatshoheit über den Stadtkreis Danzig und Teile der angrenzenden sowie im Mündungsgebiet der Weichsel liegenden Landkreise wurde den alliierten und assoziierten Mächten übertragen, die aus diesem Gebiet die Freie Stadt Danzig bildeten.<sup>81</sup> Von der Provinz Ostpreußen fiel am 10. Januar 1920 das kleine Soldauer Gebiet an den polnischen Staat, und außerdem schied auf Grund des Artikels 99 des Versailler Vertrages das Memelgebiet — ebenfalls ohne Volksabstimmung wie Soldau — aus dem deutschen Reichsverband aus.<sup>82</sup> Es kam unter alliierte Verwaltung; im Januar 1923 rissen aber die Litauer das Memelgebiet durch einen militärischen Handstreich an sich.<sup>83</sup> Die Entscheidung über das Schicksal Südostpreußens und die westpreußischen Kreise Marienburg (östlich der Nogat), Marienwerder (östlich der Weichsel), Rosenberg und Stuhm wurde auf Grund der Abstimmungsergebnisse vom 11. Juli 1920 getroffen.<sup>84</sup> Da

80) Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen. Teil 3: Die deutschen Gegenvorschläge zu den Friedensbedingungen der Alliierten und Assoziierten Mächte. Charlottenburg 1919. S. 46.

81) Die Entstehung der Freien Stadt Danzig. [Sammelarbeit.] (Danziger Schriften für Politik und Wirtschaft, H. 4.) Danzig 1930. S. 25—45; J. B. Mason, The Danzig Dilemma. A Study in Peacemaking by Compromise. Stanford, London 1946. S. 62—64.

82) Die Abtrennung des Memelgebietes von Deutschland war in der Denkschrift der Kommission für polnische Angelegenheiten vom März 1919 empfohlen worden. Der Oberste Rat nahm in seiner Sitzung vom 18. 4. diesen Vorschlag an. *Mantoux*, Bd 1, S. 273. Die Memelfrage auf der Pariser Friedenskonferenz behandelt *Fr. Janz*, Die Entstehung des Memelgebietes, zugleich ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Versailler Vertrags. (Schriften zu Politik und öffentlichem Recht Mittel- und Osteuropas, Bd 1.) Berlin 1928. Der Beschluß wurde mit ethnographischen Argumenten gerechtfertigt; daß diese nicht zuträfen, zeigten die späteren Wahlen zum memelländischen Landtag, die z. B. 1925 einen deutschen Stimmanteil von gut 90 v. H. ergaben. Vgl. hierzu *E.-A. Plieg*, Das Memelland 1920—1939. (Marburger Ostforschungen, Bd 19.) Würzburg 1962. S. 35.

83) *A. E. Senn*, Die Besetzung Memels im Januar 1923. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 10 (1965), S. 334—352.

84) Vorbereitung und Ergebnis der Abstimmung behandeln: *S. Wambaugh*, Plebiscites Since the World War with a Collection of Official Docu-

Deutschland 97,8 v. H. bzw. 92,4 v. H. der Stimmen erhalten hatte, verblieben sowohl Südostpreußen wie die vier westpreußischen Kreise, von wenigen Dörfern abgesehen, beim Deutschen Reich. In dem Abstimmungs-  
ergebnis konnte Preußen-Deutschland eine Anerkennung seiner jahrhun-

---

ments. Bd 1, Washington 1933. S. 99—141; Bd 2, Washington 1933. S. 48—107; M. Worgitzki, Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen. Der Kampf um Ermland und Masuren. Leipzig 1921; G. Lawin, Die Volksabstimmung in Westpreußen. Königsberg/Pr. 1926; Z. Lietz, Plebiscyt na Powiślu, Warmii i Mazurach w 1920 roku. [Die Volksabstimmung im Weichselgebiet, Ermland und in Masuren im Jahre 1920.] Warszawa 1958.

Bis zum heutigen Tage wird von polnischer Seite der Wert des Abstimmungsergebnisses vom 11. 7. 1920 angezweifelt (so auch in der eben zitierten Arbeit von Lietz). Durch Fälschung der Listen der Abstimmungsberechtigten und durch Terrorisierung der Bevölkerung hätten die Deutschen in rechtswidriger Weise den Ausgang der Abstimmung beeinflußt. Diese polnischen Beschwerden erörtert eingehend Wambaugh, Bd 1, S. 138—141. Die amtlichen Äußerungen der alliierten Abstimmungskommission in Marienwerder und Allenstein sowie einzelner Kommissionsmitglieder lassen jedoch erkennen, daß den Beschwerden keine Bedeutung zukommt. Der Vorsitzende der Abstimmungskommission in Allenstein, der Engländer Rennie, stellte z. B. in seinem „General Report“ vom 14. 4. 1920 fest: „They (d. h. the complaints of the Poles) consist mainly of ex parte statements, and are to be considered as insufficient evidence. They also contain much palpable exaggeration. They cannot be considered as affecting the general results of the Plebiscite.“ Documents on British Foreign Policy 1919—1939. First Series. Bd 10, London 1960. S. 823. Der englische Vertreter in der Abstimmungskommission von Marienwerder, Beaumont, sprach in einem Schreiben an Lord Curzon (19. 7. 1920) von „the futility of such protestations in view of the decisive result of the voting“ (ebenda, S. 807). Ergänzend sei noch auf eine Feststellung des Schlußberichtes der Abstimmungskommission in Allenstein vom 20. 8. 1920 hingewiesen. Sie lautet: „Il peut y avoir eu des actes de pression, d'intimidation, voire de violence avant le mois de juillet, mais pas une blessure grave, pas une seule mort d'homme, ni dans la population civile, ni dans les troupes alliées et les forces de police.“ Wambaugh, Bd 2, S. 78. Die Behauptung, die Polen seien im Abstimmungskampf und bei der Abstimmung selbst benachteiligt worden, ist auch aus dem Grunde nicht glaubwürdig, weil die französischen Mitglieder der Kommissionen entschieden die polnischen Interessen im Abstimmungsgebiet vertreten haben. In Marienwerder ging diese Parteinahme so weit, daß der englische Vertreter darüber in dem schon erwähnten Schreiben an Lord Curzon Klage führt: „Throughout he (d. h. der französische Vertreter, Comte de Chérissey) has scarcely attempted to appear impartial, but openly poses as the Champion of Poland, justifying, and supporting, even if sometimes excusing, the most unreasonable demands put forward by the not very skilful Polish propaganda agents here.“ Documents on British Foreign Policy, First Series, Bd 10, S. 807. Auch der polnischen Staatsführung dürfte im Grunde bekannt

dertelangen politischen und kulturellen Wirksamkeit im Osten sehen. Gleichzeitig ließ das Resultat des Plebiszits im Gebiet von Marienwerder erkennen, daß Deutschland auch in dem an Polen abgetretenen Teil Westpreußens im Falle einer Abstimmung mit einem sicheren Sieg hätte rechnen können.

Die von den Siegerstaaten im Zusammenwirken mit Polen herbeigeführte Zurückdrängung Deutschlands im Osten, insbesondere im Nordosten, ließ sich ohne Schwierigkeiten nur so lange aufrechterhalten, wie Deutschland und Rußland, die bisher in Osteuropa maßgebend gewesen waren, die Folgen der Niederlage noch nicht überwunden hatten. Kritische Politiker äußerten daher sofort Befürchtungen wegen der künftigen Entwicklung in Osteuropa. So wies General Smuts, der spätere südafrikanische Ministerpräsident, bereits im März 1919 darauf hin, daß Deutschland wieder eine führende Stellung auf dem Kontinent einnehmen werde und daß Polen auf die Dauer nicht existieren könne „sans la bonne volonté de l'Allemagne et de la Russie“.<sup>85</sup> In einem Brief an Lloyd George vom 22. Mai warnte Smuts davor, Polen zu sehr auf Kosten Deutschlands (und Rußlands) zu vergrößern: „How under these circumstances, can we expect Poland to be other than a failure . . .?“<sup>86</sup> Obwohl diese Kritik die Gefahren der Versailler Lösung der polnischen Frage richtig aufzeigt, läßt sich aus ihr nicht folgern, daß ein späterer deutsch-polnischer Kompromiß völlig ausgeschlossen gewesen wäre. Infolge des bolschewistischen Umsturzes in Rußland waren die politischen Verhältnisse Osteuropas gegenüber der Zeit vor dem Ersten Weltkriege so stark verändert, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen — also auch der deutsch-polnische Gegensatz — davon nicht unbeeinflußt bleiben konnten. Schon im März 1919 hatte der stellvertretende polnische Außenminister, Władysław Skrzyński, in einem vertraulichen Schreiben die Frage gestellt, was für

gewesen sein, daß das Abstimmungsergebnis die nationalpolitische Einstellung der Bevölkerung in Südostpreußen und im Gebiet von Marienwerder richtig wiedergab. So stellte der Leiter der Westabteilung des polnischen Außenministeriums im Jahre 1924 in vertraulichen Ausführungen klipp und klar fest, daß die Masuren „nach Geist und Überzeugung“ (z ducha i przekonania) deutsch seien. J. Krasuski, *Stosunki polsko-niemieckie 1919—1925*. [Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919—1925.] Poznań 1962. S. 177.

85) *Mantoux*, Bd 1, S. 48.

86) R. St. Baker, *Woodrow Wilson and World Settlement Written From His Unpublished and Personal Material*. Bd 3, Garden City, N. Y. 1922. S. 461. Wenige Jahre später bestätigte die aufschlußreiche Denkschrift des polnischen Gesandten Olszowski (Berlin) vom 16. 1. 1926 über das Verhältnis Deutschlands zu Polen die Ansichten des Generals Smuts von dem zu erwartenden Wandel der machtpolitischen Verhältnisse in Europa und den sich daraus für Polen ergebenden Konsequenzen. J. Krasuski, *Stosunki polsko-niemieckie 1926—1932*. [Die polnisch-deutschen Beziehungen 1926—1932.] Poznań 1964. S. 47—49.

einen Nutzen Polen von „idealen Grenzen“ hätte, wenn es unterginge (ergänze: durch den um sich greifenden Bolschewismus). Ein *modus vivendi* mit Deutschland schien diesem Politiker erstrebenswert.<sup>87</sup> Überlegungen solcher Art setzten sich damals jedoch nicht durch.

Nach dem Friedensschluß ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen — wie nicht anders zu erwarten — äußerst gespannt gewesen, wobei die Probleme des deutschen Nordostens eine erhebliche Rolle gespielt haben. In den zwanziger und beginnenden dreißiger Jahren hat es in der Politik des polnischen Staates Tendenzen gegeben, welche auf die völlige Liquidierung des deutschen Nordostens — das in Versailles nicht erreichte Ziel — gerichtet waren. Als Demonstration einer derartigen Absicht kann schon die Weigerung der Warschauer Regierung gelten, das Abstimmungsergebnis vom 11. Juli 1920 anzuerkennen.<sup>88</sup> In den folgenden Jahren versuchte die polnische Politik, Ostpreußen durch wirtschaftlichen Druck (z. B. durch Unterbindung der Holzzufuhr aus Polen) polnischen Wünschen gefügig zu machen; dieser wirtschaftlichen Aktion sollte die politische — die polnische Infiltration — folgen, wobei der polnischen Minderheit in Ostpreußen die Rolle der Avantgarde zugeordnet war.<sup>89</sup> Die gegen Ostpreußen gerichteten polnischen Pläne gewannen in dem für Deutschland äußerst kritischen Jahre 1923 einige Aktualität.<sup>90</sup> Im Endergebnis bewirkte der wirtschaftliche Druck auf Ostpreußen jedoch das Gegenteil von dem, was sich die Urheber erhofft hatten. Stärkere Unruhe als die eben besprochenen Maßnahmen hat das Streben der Warschauer Regierung nach Stärkung des polnischen Einflusses in Danzig, letztlich also nach Polonisierung der Freien Stadt, hervorgerufen.<sup>91</sup> Hier ist auch die Gefahr einer militärischen Intervention von polnischer Seite größer gewesen als in Ostpreußen.<sup>92</sup> Mit dem Erstarken Deutschlands in den drei-

87) Das Schreiben ist auszugsweise abgedruckt bei Bierzanek, Państwo polskie, S. 72, Anm. 55.

88) W a m b a u g h, Bd 1, S. 134.

89) Dieses Programm wird in einem Schreiben des polnischen Außenministeriums an das Generalkonsulat in Königsberg (5. 10. 1925) entwickelt. K r a s u s k i, Stosunki polsko-niemieckie 1919—1925, S. 182—183. Im ganzen liegt zu diesem Komplex nur wenig Material vor.

90) ebenda, S. 109—110, 183—184; P. S. W a n d y c z, France and Her Eastern Allies 1919—1925. Minneapolis 1962. S. 289. — Über die militärischen Planungen gegen Ostpreußen, die im Jahre 1923 ebenfalls zur Debatte standen, berichten die einschlägigen Publikationen begrifflicherweise kaum Konkretes. Vgl. Polskie Siły Zbrojne w drugiej wojnie światowej. [Die polnischen Streitkräfte im Zweiten Weltkriege.] Bd I, 1, Londyn 1951. S. 113.

91) Der größte Teil des Buches von M a s o n, The Danzig Dilemma, befaßt sich mit diesem Problem.

92) Das geht u. a. aus folgender Notiz im „Dernier rapport“ Becks, des letzten polnischen Außenministers vor dem Zweiten Weltkriege, hervor: Beck forderte

ßiger Jahren schwand für Polen die Möglichkeit, seine bisherigen Pläne zwischen Weichsel und Memel weiterzuverfolgen. In dem polnisch gewordenen Teil Westpreußens und des Netzegebietes hatte der polnische Staat jedoch bereits im ersten Jahrzehnt nach dem Versailler Frieden mit der weitgehenden Verdrängung der deutschen Bevölkerung sein Ziel, die Stärkung der polnischen Position im Weichselkorridor, erreicht.<sup>93</sup>

Von deutscher Seite ist der polnischen Politik im Weichsel-Memel-Raum die Forderung nach Revision der Versailler Grenzregelung entgegengesetzt worden<sup>94</sup>, also das Verlangen nach Wiederherstellung einer territorialen Einheit, die nicht nur die letzten 150 Jahre, sondern bereits im Spätmittelalter anderthalb Jahrhunderte hindurch bestanden hatte. Infolge der Bedeutung des nordostdeutschen Raumes für die Machtverhältnisse in Mittel- und Osteuropa ließ sich die Korridorfrage in der europäischen Politik zwischen den beiden Weltkriegen nicht auf die Dauer übergehen. Die Loslösung des Gebietes an der unteren Weichsel von Deutschland erwies sich als eine der folgenschwersten Entscheidungen der Pariser Friedenskonferenz. Die deutsche Politik fand in dieser Angelegenheit allmählich einiges Verständnis bei den westlichen Großmächten; so ist bei den Viererpaktverhandlungen zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland im Frühjahr 1933 die Möglichkeit einer Revision des Versailler Vertrages (auch hinsichtlich des polnischen Korridors) erörtert worden.<sup>95</sup> Es bleibt natürlich eine offene Frage, ob sich hinsichtlich des Weichselgebietes ein Ausgleich zwischen der Versailler Ordnung, die auf die

---

im Jahre 1932 beim polnischen Generalkommissar in Danzig, Strasburger, einen Bericht über die polnische Politik in der Freien Stadt an. „M. Strasburger me répondit qu'il réglait tout selon la loi, en utilisant tous les moyens de procédure, mais qu'à son avis la seule issue serait d'occuper Dantzig manu militari. Je répliquai à cela qu'il faudrait peut-être en venir là un jour, mais qu'une telle assertion, sortie de la bouche d'un commissaire général de la République de Pologne, équivalait à un testimonium paupertatis de la politique polonaise. . .“ J. Beck, Dernier rapport. Politique polonaise 1926—1939. Neuchâtel 1951. S. 15.

93) A. R a u s c h n i n g, Die Entdeutung Westpreußens und Posens. Berlin 1930. Vgl. dazu die polnische Erwiderung: K. J e ż o w a, Die Bevölkerungs- und Wirtschaftsverhältnisse im westlichen Polen. Zu Rauschnings Buch: „Die Entdeutung Westpreußens und Posens.“ Danzig 1933.

94) Chr. H ö l t j e, Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919—1934. Revision oder Garantie der deutschen Ostgrenze von 1919. (Marburger Ostforschungen, Bd 8.) Würzburg 1958. S. 23—43, 83—116, 180—198.

95) Wł. P o b ó g - M a l i n o w s k i, Najnowsza historia polityczna Polski 1864—1945. [Neueste politische Geschichte Polens 1864—1945.] Bd II, 1, Londyn 1956. S. 552; H ö l t j e, S. 222—226; H. R o o s, Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931—1939. (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 7.) Tübingen 1965<sup>2</sup>. S. 72—84.

Grenzen vor 1772 zurückgegriffen und überholte Territorialverhältnisse wiederhergestellt hatte, und der Regelung von 1772 und 1807, auf welche die deutschen Revisionsforderungen hinausliefen, hätte erreichen lassen.

Zu ernsthaften Bemühungen in dieser Richtung ist es jedenfalls nicht gekommen. Der deutsch-polnische Vertrag von 1934 bedeutete lediglich eine Vertagung der Auseinandersetzung um eine Lösung des Problems. Dieses hat dann in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges eine gewisse Rolle gespielt, ist aber sehr schnell durch Ziele und Tendenzen ganz anderer Art überdeckt worden. Infolgedessen zogen die verantwortlichen nationalsozialistischen Politiker nach dem Siege über Polen die neuen Grenzen weitgehend ohne Rücksicht auf historische und ethnische Voraussetzungen. Im Nordosten geschah das mit der Angliederung der Gebiete von Ciechanów (Zichenau) und Suwałki (Sudauen) an Ostpreußen und mit der Schaffung des „Reichsgaues Wartheland“. Die Verwaltung der eben genannten Gebiete setzte sich gemäß den Prinzipien, die für die Annexion maßgebend gewesen waren, ebenfalls über geschichtlich Gewordenes, insbesondere über althergebrachte Nationalitätenverhältnisse hinweg und suchte diese völlig umzugestalten.

Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges haben zusammen mit dem neuen Polen eine Regelung der Territorialverhältnisse im Osten durchgeführt, die nicht weniger eine Mißachtung der Völker und ihrer Geschichte darstellt als die beseitigte nationalsozialistische Ordnung. Unter welchen allgemeinen politischen und psychischen Voraussetzungen sich die Katastrophe im Jahre 1945 vollzogen hat, ist bekannt und braucht hier nicht erörtert zu werden. Es sei lediglich auf die politische Konstellation in Osteuropa hingewiesen, welche die Entscheidung über den deutschen Osten nach dem Zweiten Weltkriege zweifellos an erster Stelle bewirkt hat: das auf dauernde machtpolitische Ausschaltung Deutschlands abzielende Bündnis Sowjetrußlands und Polens. Eine Konstellation mit ähnlichen Zielen ist im Laufe des 19. sowie zu Beginn des 20. Jahrhunderts mitunter gewünscht oder befürchtet worden (z. B. zur Zeit des Wiener Kongresses), sie hat aber niemals greifbare Formen angenommen. Aus ihrer Verwirklichung beim Ausgang des Zweiten Weltkrieges ergab sich für den deutschen Nordosten die Folge, daß er in weit radikalerer Weise zerstört worden ist, als es 1919 für die entschiedensten Gegner Deutschlands überhaupt denkbar war. Damit ist im Weichsel-Memel-Raum eine vorwiegend von deutschen Kräften bestimmte Entwicklung abgebrochen worden, die vor mehr als sieben Jahrhunderten begann und für einen großen Teil dieses Gebietes die ganze eigentlich historische Zeit darstellt.